

## **Beibehaltung der Einspeisevergütung für Solarstrom**

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/961 -

Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Erneuerbare Energiengesetz verpflichtet die Netzbetreiber, Strom aus erneuerbaren Energien abzunehmen und legt die Höhe der Einspeisevergütung fest, die so kalkuliert ist, dass alle Technologien rentabel genutzt werden können. Um den Ökostrom marktfähig zu machen, sinkt die Einspeisevergütung für Solarstrom ab dem Jahr 2010 mit 10 Prozent, danach mit 9 bzw. 8 Prozent. Das war die ursprüngliche Planung. Jetzt ist eine Senkung der Vergütung zum 1. Juli um weitere 16 auf insgesamt 25 Prozent durch den Deutschen Bundestag beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, mit dieser Senkung der Vergütung wird ein Standbein der Thüringer Wirtschaft und ein Standbein der Thüringer Forschung ernsthaft beschädigt. Geplante Investitionen werden gefährdet und ein grundlegender Wechsel im Energiesektor hin zu einer dezentralen Energieerzeugung, Verteilung und Nutzung werden mit diesem Bundestagsbeschluss sabotiert. In einem Interview mit der Financial Times Deutschland vom 13. April ließ der Chef von SCHOTT Solar, Herr Martin Heming, wissen: Wegen der zum 1. Juli sinkenden Förderraten steige der Druck, kostengünstig zu produzieren. Denkbar sei eine neue Fertigung in China. Investitionen in neue Fabriken oder Erweiterungen in Deutschland seien wegen der politischen Lage nicht mehr geplant. Frau Präsidentin, ich fühle mich hier missachtet.

*(Unruhe im Hause)*

### **Vizepräsidentin Dr. Klaubert:**

Das stimmt, Frau Abgeordnete Berninger. Wenn jetzt mal alle wieder an Ihre Plätze gehen würden oder wenn Sie dringenden Gesprächsbedarf haben, kann man ja auch den Saal verlassen. Aber die Rednerin möchte schließlich den Antrag begründen und das ist nicht unbedeutend für den weiteren Verlauf dieses Tagesordnungspunkts 14. Das rechnen wir jetzt auch nicht auf Ihre Redezeit an, Frau Berninger.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)*

### **Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Der Bundesverband Solarwirtschaft und Analysten warnen davor, dass eine zusätzliche Reduktion bis zu 50.000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichten würde. In Thüringen stehen nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch vielversprechende Investitionen auf der Kippe, meine Damen und Herren. Der Chef des Solarkonzerns Masdar PV, der im Raum Arnstadt groß investieren will, erklärte - ich zitiere: „Sollte dieses Vorhaben umgesetzt werden, dann werden viele Solarproduzenten, auch Masdar PV, die Pläne für weitere Investitionen in Deutschland nochmals überdenken und sich nach neuen Möglichkeiten im Ausland umsehen.“

*(Unruhe im Hause)*

Ich höre die Mitglieder der Landesregierung hier fast lauter als mich selbst, Frau

Lieberknecht, es stört ein wenig.

*(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Also so eine Frechheit.)*

Zudem fehlen bei zahlreichen geplanten Projekten der Kommunen hin zu einer energetischen Eigenversorgung, wie z.B. in Ilmenau, die Perspektiven. Womöglich hätte auch die Gemeinde Ickershausen ihr lobenswertes Großprojekt nicht gestartet, wenn die Förderpolitik schon bei der Entscheidung zu diesem Projekt derart gewesen wäre wie jetzt beschlossen.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz gerade deswegen verabschiedet wurde, um ein Umdenken auf dem Energiesektor einzuleiten. Das jetzt beschlossene Vorhaben untergräbt den Sinngehalt des Gesetzes und gefährdet damit sogar die von der Bundesregierung akzeptierten und angestrebten Klimaschutzziele. Es bedarf darum dringend eines Signals, dieses Vorhaben zu unterbinden. Ein solches Signal sendete die Thüringer Landesregierung bereits mehrfach, z.B. Minister Machnig und auch Ministerpräsidentin Lieberknecht bei den Demonstrationen am 5. Februar dieses Jahres in Erfurt und Arnstadt.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)*

Aber, meine Damen und Herren, Ankündigungen und warme Worte allein reichen nicht. Dass es sich um eine reine Ankündigungspolitik handelt, diesen Anschein bestätigt zumindest Frau Lieberknecht, die es nicht einmal für nötig hält, Briefe bezüglich der Einspeisevergütung zu beantworten, Briefe, die im Auftrag des Arnstädter Stadtrats und ausdrücklich auch von der CDU-Fraktion im Stadtrat Arnstadt, Briefe, die von mir selbst, Frank Kuschel und dem Bundestags- abgeordneten Jens Petermann im Auftrag des Stadtrates an die Thüringer Ministerpräsidentin, die Bundeskanzlerin und den Bundesumweltminister geschrieben worden waren. Im Übrigen reagierte keiner der drei auf diese Schreiben, weder im Februar noch beim zweiten Versuch Anfang Mai. Reagieren Sie jetzt, Frau Lieberknecht! Unser Antrag mandatiert Sie für die Umsetzung Ihrer warmen Worte zu den Beschäftigten der in Arnstadt ansässigen Solarfirmen, nämlich im Bundesrat für die Beibehaltung des Status quo zu stimmen. Die im Bundestag beschlossene Reduzierung der Einspeisevergütungen gefährdet neben dem notwendigen ökologischen Wandel in der Energieerzeugung eine für Thüringen beschäftigungsintensive und zukunftsorientierte Wirtschaftsbranche. Vielen Dank für die teilweise Aufmerksamkeit.

*(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)*